

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter	IX
Allgemeines Abkürzungsverzeichnis	XXXIX
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	LVII
1. Teil. Grundlagen	1
§ 1 Die Wehrverfassung des Grundgesetzes: Genese und Herausforderungen ..	1
§ 2 Entwicklung der Bundeswehr	23
§ 3 Die Struktur der Bundeswehr	43
2. Teil. Auftrag und Organisation	63
§ 4 Der Verteidigungsauftrag	63
§ 5 Gesetzgebungskompetenz im Bereich der Verteidigung	95
§ 6 Verteidigungshaushalt und Finanzierung der Bundeswehr	107
§ 7 Parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte	125
§ 8 Befehls- und Kommandogewalt	155
§ 9 Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung	195
§ 10 Streitkräfte und Bundeswehrverwaltung	213
§ 11 Streitkräfte und ziviles Verwaltungsrecht	233
§ 12 Die Streitkräfte im Spannungs- und Verteidigungsfall	255
3. Teil. Internationale Einbindung der Bundeswehr	277
§ 13 Einbindung in die NATO	277
§ 14 Einbindung in die Europäische Union	317
§ 15 Multinationale Hauptquartiere, Verbände und Einheiten, Einrichtungen und Operationen	349
§ 16 Stationierungsrecht in Deutschland	373
4. Teil. Einsatzrecht	387
§ 17 Die materiellrechtliche Zulässigkeit von Inlandseinsätzen der Bundeswehr	387
§ 18 Die materiellrechtliche Zulässigkeit von Auslandseinsätzen der Bundeswehr	405
§ 19 Parlamentsbeteiligung	437
§ 20 Im Einsatz anwendbares Recht	465
§ 21 Besondere Einsatzräume	551
§ 22 Haftung und Verantwortlichkeit	633
5. Teil. Rüstung und Beschaffung	663
§ 23 Rüstungsbeschaffung im parlamentarischen und administrativen Prozess .	663
§ 24 Vergabeverfahren	689
§ 25 Internationale Rüstungskooperation	721
6. Teil. Schutz der Funktionsfähigkeit der Streitkräfte	761
§ 26 Soldatisches Disziplinarrecht	761
§ 27 Schutz der Streitkräfte durch Strafnormen	785
§ 28 Die Abwehr von Extremismus und Spionage	799
§ 29 Die Überprüfung der sicherheitlichen Zuverlässigkeit von Soldatinnen und Soldaten	827
§ 30 Selbstschutz der Bundeswehr mittels unmittelbaren Zwangs	841

XIII

Inhaltsübersicht

7. Teil. Die Rechtsstellung des Soldaten 861

 § 31 Grundsatz: Staatsbürger in Uniform und Innere Führung 861

 § 32 Der Soldatenstatus 885

 § 33 Rechte des Soldaten und Befehlsrecht 921

 § 34 Soldatische Pflichten 959

 § 35 Soldatisches Beschwerderecht 991

 § 36 Soldatische Beteiligungsrechte 1011

 § 37 Gleichstellung und Gleichbehandlung in den Streitkräften 1033

Sachverzeichnis 1047

Inhaltsverzeichnis

1. Teil. Grundlagen	1
§ 1 Die Wehrverfassung des Grundgesetzes: Genese und Herausforderungen	1
A. Westbindung und Multilateralismus	2
B. Die Armee im Aufbau – Abkehr von der Geschichte	5
C. Wehrrechtsnovellen – Primat des Politischen und des Rechts	6
I. Die erste Wehrnovelle 1954 – Kompetenzen und Wehrform	6
II. Die zweite Wehrnovelle 1956 – Die Wehrverfassung kommt ins Grundgesetz	8
1. Soldaten als Staatsbürger in Uniformen und Innere Führung	9
2. Parlamentarische Mehrfachkontrolle	13
3. Der Auftrag der Streitkräfte: Verteidigung	14
III. Die dritte Wehrnovelle: Die Notstandsverfassung von 1968	15
1. Der Spannungs- und Verteidigungsfall	15
2. Der Einsatz der Streitkräfte im Innern	16
D. Historische Wehrverfassung im zeitgenössischen Praxistest	18
I. Armee im Auslandseinsatz	19
II. Das „Parlamentsheer“	21
E. Die nur bedingt einsatzfähige Armee: Personal und Material	21
§ 2 Entwicklung der Bundeswehr	23
A. Wiederbewaffnung und Neuausrichtung der Streitkräfte (1949–1989)	24
B. Landesverteidigung im Kalten Krieg (1955–1989)	29
C. Die Ära der Auslandseinsätze (1990–2023)	32
I. Von Somalia bis in den Kosovo	32
II. Afghanistan und Mali	37
D. Zeitenwende (ab 2022)	40
E. Schlussbetrachtung	41
§ 3 Die Struktur der Bundeswehr	43
A. Grundstrukturen und aktueller Reformprozess	43
B. Die Streitkräfte	44
I. Die Teilstreitkräfte	45
1. Grundlagen	45
2. Heer	46
3. Luftwaffe	47
4. Marine	50
5. Cyber- und Informationsraum	52
II. Weitere militärische Organisationsbereiche der Streitkräfte	53
1. Streitkräftebasis	53
2. Zentraler Sanitätsdienst der Bundeswehr	54
3. Umstrukturierung: Unterstützungsbereich der Bundeswehr	54
III. Weitere militärische Dienststellen	55
1. Das Operative Führungskommando der Bundeswehr	55
2. Führungsakademie der Bundeswehr	56
3. Zentrum Innere Führung	57
4. Luftfahrtamt der Bundeswehr	57
5. Planungsamt der Bundeswehr	58

Inhaltsverzeichnis

C. Die zivilen Bereiche der Bundeswehr	58
I. Die Bundeswehrverwaltung	58
II. Rechtspflege	59
III. Militärseelsorge	59
IV. Militärischer Abschirmdienst	60
D. Ministerium und Spitzengliederung	60
I. Aufgaben und Funktionen des Verteidigungsministeriums im Überblick	60
II. Die Organisationsstruktur im Überblick	60
III. Die Leitungsebene	61
1. Der Minister	61
2. Die Staatssekretäre	61
3. Der Generalinspekteur der Bundeswehr	62
2. Teil. Auftrag und Organisation	63
§ 4 Der Verteidigungsauftrag	63
A. Genese des Verteidigungsauftrags in seiner heutigen wehrverfassungsrechtlichen Einbettung	64
B. Regelungsgehalt des Art. 87a Abs. 1 S. 1 GG	67
I. Rechtsfunktionen des Art. 87a Abs. 1 S. 1 GG	67
II. Vorüberlegungen zu einer Definition von Verteidigung	68
III. Der Begriff der Verteidigung	69
1. Landesverteidigung	71
2. Bündnisverteidigung	77
3. Kollektivverteidigung außerhalb von Bündnissen	78
4. Andere Formen der Verteidigung, Konfliktverhütung und -vorsorge	79
5. Zwischenfazit	82
C. Regelungsgehalt des Art. 87a Abs. 2 GG	83
I. Die Inlandsausrichtung des Art. 87a Abs. 2 GG	83
II. Ausgewählte Rechtsfragen der Wahrnehmung des Verteidigungsauftrags im Inland	88
D. Ausblick	93
§ 5 Gesetzgebungskompetenz im Bereich der Verteidigung	95
A. Entwicklungsgeschichte	95
B. Verteidigung als der normative Leitbegriff der Kompetenzzuweisung	96
I. Der Begriff der Verteidigung	96
II. Anwendungsbereich der Verteidigung und die umfassten Sachbereiche	97
III. Abgrenzung zu anderen Kompetenztiteln	101
C. Ergänzung des Kompetenztitels durch die Formel „einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung“	103
§ 6 Verteidigungshaushalt und Finanzierung der Bundeswehr	107
A. Einleitung und Fakten	107
B. Historische Aspekte der Verteidigungsfinanzierung	108
I. Rüstung – Finanzierung – Staatsbildung	108
II. Streit um den Wehretat im Konstitutionalismus	109
III. Weimarer Republik und „Schwarze Reichswehr“	110
C. Internationalrechtliche Aspekte	111
I. Finanzierungsanforderungen im Verteidigungsbündnis – insbesondere das Zwei-Prozent-Ziel der NATO	111
1. Forderung nach Lastenteilung im Rahmen des Nordatlantikvertrages	111
2. Genese des Zwei-Prozent-Ziels der NATO	112

3. Nationale Haushaltsautonomie als äußere Grenze zwischenstaatlicher Rüstungszusagen	113
4. Politische Umsetzung des Zwei-Prozent-Ziels – insbesondere die Entwicklung der deutschen Verteidigungsausgaben	114
II. Finanzierung europäischer Verteidigungspolitik	116
D. Haushaltsrecht der Streitkräfte, insbesondere Art. 87a Abs. 1 S. 2 GG ...	117
I. Entstehung	117
II. Auslegung und Anwendung	118
III. Verteidigungsauftrag aus Art. 87a GG als Quantifizierungspflicht?	119
E. Rechtsfragen des 100 Milliarden-Sondervermögens	120
I. Sondervermögen im Haushaltsrecht des Grundgesetzes	120
II. Sondervermögen Bundeswehr	121
1. Hintergrund und Entstehungsgeschichte	121
2. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit	121
3. Administration des Sondervermögens	122
4. Zusammengreifen mit der ordentlichen Haushaltsfinanzierung	123
5. Verfassungs- und rechtspolitische Problematik	123
§ 7 Parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte	125
A. Einleitung	126
B. Begriff und Konzept der „parlamentarischen Kontrolle“	126
C. Einzelne Aspekte der parlamentarischen Kontrolle	127
I. Mechanismen der parlamentarischen Kontrolle	127
1. Gesetzgebungskompetenz im Bereich der Verteidigung	127
2. (Verteidigungs-)Haushalt, insbesondere Anzahl und Organisation der Streitkräfte	129
3. Parlamentarische Kontrolle in der Rüstungsbeschaffung und -entwicklung	130
4. Parlamentarische Zustimmung zu Sicherheits- und Verteidigungsbündnissen	131
5. Zivile Kommandogewalt im parlamentarischen Regierungssystem .	132
6. Parlamentsvorbehalt für Auslandseinsätze der Streitkräfte	133
7. Parlament und Bundeswehr im äußeren Notstand	135
8. Parlament und Streitkräfte im inneren Notstand	136
9. Allgemeine parlamentarische Kontrollmechanismen	137
II. Hilfsorgane der parlamentarischen Kontrolle	138
1. Verteidigungsausschuss	138
2. Der Wehrbeauftragte	144
3. Parlamentarisches Kontrollgremium	152
D. Die Bundeswehr als „Parlamentsheer“?	153
§ 8 Befehls- und Kommandogewalt	155
A. Die Befehls- und Kommandogewalt im Grundgesetz	156
B. Die historische Entwicklung der Befehls- und Kommandogewalt	158
I. Historische Vorläufer	158
1. Die konstitutionelle Monarchie	158
2. Weimarer Republik	160
3. Nationalsozialistische Zeit	161
II. Die Neuregelung im Grundgesetz	163
III. Der Oberbefehl in der DDR	164
C. Inhalt und Reichweite der Befehls- und Kommandogewalt	164
I. Grundlagen	164
1. Die Befehls- und Kommandogewalt als einheitlicher Kompetenzbegriff	164
2. Das Verhältnis zur Ressortkompetenz nach Art. 65 S. 2 GG	165

Inhaltsverzeichnis

II. Der Gegenstand der Befehls- und Kommandogewalt	167
1. Grundsatz	167
2. Letztinstanzlichkeit und Delegationsfestigkeit	168
3. Vorbehalte zugunsten anderer Verfassungsorgane	169
III. Personelle und institutionelle Reichweite der Befehls- und Kommandogewalt	170
1. Grundsatz	170
2. Organisations- oder statusbezogener Ansatz	171
D. Die Befehls- und Kommandogewalt in den Strukturen der Bundesregierung	173
I. Verhältnis der Befehls- und Kommandogewalt zur Binnenstruktur der Bundesregierung	173
1. Institutionelle Garantie und Ressortzuschnitt des Bundesministers der Verteidigung	173
2. Die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers	174
3. Kollegialkompetenzen der Bundesregierung	175
II. Die Vertretung in der Befehls- und Kommandogewalt	176
1. Vertretungsregelungen nach Geschäftsordnungsrecht	176
2. Zuordnung zwischen den Staatssekretären und Rolle des Generalinspektors	178
3. Die parlamentarischen Staatssekretäre	179
III. Die Spitzengliederung im BMVg und in den Streitkräften	179
1. Spitzengliederung und Gesetzesvorbehalt	179
2. Die historische Entwicklung der Spitzengliederung	181
E. Der Übergang der Befehls- und Kommandogewalt im Verteidigungsfall (Art. 115b GG)	183
I. Grundsatz	183
II. Voraussetzungen und Zeitpunkt des Übergangs	184
III. Der Bundeskanzler als Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt ...	185
1. Kompetenzzuwachs des Bundeskanzlers	185
2. Verhältnis zur Binnenstruktur der Bundesregierung	186
3. Vertretung des Bundeskanzlers in der Befehls- und Kommandogewalt	186
IV. Die Einbindung des Verteidigungsministers	187
F. Die Befehls- und Kommandogewalt in multinationalen und integrierten Strukturen	188
I. Unterstellungsverhältnisse in integrierten militärischen Strukturen	188
1. Kontext	188
2. Umfang und Begründung der Weisungsbefugnisse in integrierten Strukturen	189
3. Die rechtliche Herleitung der Weisungsbefugnisse internationaler Vorgesetzter	190
II. Verfassungsrechtliche Einordnung	191
1. Wahrung der Befehls- und Kommandogewalt	191
2. Übertragung und Beschränkung von Hoheitsrechten	192
§ 9 Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung	195
A. Grundpflicht und Grundrecht	195
B. Die Verpflichtung zum Wehrdienst	197
I. Verfassungsrechtliche Grundlagen	197
1. Terminologie	197
2. Entwicklung	198
3. Verfassungs- und Völkerrechtsmäßigkeit	199
4. Gebot der Wehrgerechtigkeit	200

II. Umsetzung	202
1. Regelung durch das Wehrpflichtgesetz	202
2. Die „Aussetzung“ der Wehrpflicht	204
C. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung	205
I. Verfassungsrechtliche Grundlagen	205
1. Terminologie	205
2. Entwicklung	205
3. Schutzbereich und Schranken	206
II. Ausgestaltung	208
1. Anerkennung nach dem Kriegsdienstverweigerungsgesetz	208
2. Zivildienst nach dem Zivildienstgesetz	209
D. Ausblick	209
§ 10 Streitkräfte und Bundeswehrverwaltung	213
A. Einführung	213
B. Grundlagen und Entwicklung	214
I. Bundeswehrverwaltung als bundeseigene Verwaltung	214
II. Das verfassungsrechtliche Trennungsgebot	215
III. Entwicklung der Bundeswehrverwaltung	217
C. Aufgaben der Bundeswehrverwaltung	221
I. Personalwesen	221
II. Unmittelbare Deckung des Sachbedarfs der Streitkräfte	222
III. Weitere Aufgaben	223
D. Bundeswehrverwaltung als Teil der allgemeinen Staatsverwaltung	224
I. Personal	224
II. Rechtsgebundenheit	224
III. Handlungsformen	225
IV. Rechtsschutz	226
E. Entwicklungen	226
I. Privatisierung	226
II. Auslandseinsätze und Bundeswehrverwaltung	228
III. Trennungsgebot, Neuausrichtung der Bundeswehr und Zeitenwende	229
§ 11 Streitkräfte und ziviles Verwaltungsrecht	233
A. Rahmenbedingungen des Handelns der Streitkräfte	234
I. Aufgaben der Bundeswehr im Wandel der Zeit	234
II. (Grund)gesetzliche Verankerung	235
B. Bundeswehrklauseln	236
I. Überblick über Bundeswehrklauseln	236
II. Bundeswehrklauseln in einzelnen Rechtsgebieten	237
1. Arbeitsschutzrecht	237
2. Immissionsschutzrecht	238
3. Weiteres Umweltrecht	240
4. Verkehrsrecht	241
5. Waffenrecht	243
6. Exkurs: Das BwBBG als gesondertes Gesetz	243
C. Vorsorge- und Sicherstellungsgesetze	245
I. Begrifflichkeit	245
II. Übersicht Vorsorge- und Sicherstellungsgesetze	245
1. Bundesleistungsgesetz (BLG)	245
2. Wirtschaftssicherstellungsgesetz (WiSiG)	246
3. Verkehrssicherstellungsgesetz (VerkSiG)	246
4. Verkehrsleistungsgesetz (VerkLG)	247
5. Postsicherstellungsgesetz (PSG) und PostG (PostG)	247
6. Ernährungssicherstellungs- und -vorsorgegesetz (ESVG)	248

Inhaltsverzeichnis

7. Wassersicherstellungsgesetz (WasSiG)	249
8. Arbeitssicherstellungsgesetz (ASG)	249
9. Wehrpflichtgesetz (WPfLG)	249
D. Verwaltungsrecht in der internen Regelungslandschaft der Bundeswehr .	250
E. Zusammenfassung und Ausblick	253
§ 12 Die Streitkräfte im Spannungs- und Verteidigungsfall	255
A. Äußerer Notstand und bewaffneter Konflikt	256
I. Annäherung an die Thematik	256
1. Politische Rahmenbedingungen	256
2. Rechtliche Rahmenbedingungen	256
II. Die Tatbestände des äußeren Staatsnotstandes im Grundgesetz	257
1. Verteidigungsfall	257
2. Spannungsfall	258
3. Zustimmungsfall	258
4. Bündnisfall	259
III. Die Tatbestände der Notstandsverfassung im Lichte des Ukrainekrieges	260
IV. Von der Friedens- zur Notstandsrechtsordnung	261
B. Übergang der Befehls- und Kommandogewalt im Verteidigungsfall	263
I. Historische und rechtsvergleichende Aspekte	263
II. Regelungszweck	264
III. Rechtliche Voraussetzungen	264
IV. Rechtsfolgen	265
1. Kompetenzzuwachs des Bundeskanzlers	265
2. Kompetenzaufspaltung des Verteidigungsressorts	266
3. Konsequenzen für die Bündnisintegration	266
C. Einsatz der Streitkräfte im Verteidigungsfall	267
I. Einsatz zur Landesverteidigung	267
II. Beachtung von humanitärem Völkerrecht	268
III. Wahrnehmung von Polizeiaufgaben	268
1. Hintergrund der verfassungsrechtlichen Regelungen	268
2. Bezug zum Verteidigungsauftrag	269
3. Zuwachs originärer Polizeiaufgaben	269
4. Anwendung von Kriegsrecht oder Polizeirecht	270
5. Aufgabenwahrnehmung zur Unterstützung der Polizei	271
IV. Konstitutiver Parlamentsvorbehalt	272
D. Die Streitkräfte als Bedarfsträger der Sicherstellungs- und Vorsorgegesetze	274
I. Zur Anwendbarkeit der Notstandsregelungen	274
II. Rechtsstaatliche Kautelen	275
III. Bedarfsträger	275
IV. Gesetzgeberische Reformen	276
3. Teil. Internationale Einbindung der Bundeswehr	277
§ 13 Einbindung in die NATO	277
A. Überblick	278
B. Geschichte der NATO	278
C. Die NATO-Perspektive	281
I. Die Rechtsquellen des Handelns der NATO	281
1. Nordatlantikvertrag und komplementäre völkerrechtliche Verträge	281
2. Völkervertragsrecht	283
3. Völkergewohnheitsrecht und EU-Recht	284

II. Die Beistandsarchitektur der NATO	285
1. Konsultationen (Artikel 4 des Nordatlantikvertrags)	285
2. Verteidigung (Artikel 5 des Nordatlantikvertrags)	286
3. Geographie und Angriffsobjekte (Art. 6 des Nordatlantikvertrags) .	288
III. Die Funktionsweise der NATO: Organisation und Verfahren	289
1. Organe und Einrichtungen der NATO	289
2. Verfahren der Entscheidungsfindung	295
3. Haushalt und Personal	301
4. Satzungen der NATO-Agenturen	302
D. Die nationale Perspektive	305
I. NATO-Mitgliedschaft und Handeln des Bündnisses als Gegenstand verfassungsrechtlicher Prüfung	305
II. Beiträge und Handlungen Deutschlands als Gegenstand verfassungsrechtlicher Prüfung	306
1. Zentrale Rechtsnormen und Rechtsgrundsätze des Grundgesetzes .	307
2. NATO und Bundeswehr in der Wahrnehmung des BVerfG	307
3. Das Handeln der NATO und im Rahmen der NATO als Ausdruck eines Integrationskonzepts	309
4. Parlamentsvorbehalt	313
5. Budgetrecht des Deutschen Bundestags	314
6. Berichtswesen und Transparenz	315
§ 14 Einbindung in die Europäische Union	317
A. Die Entwicklung der Verteidigungspolitik der EU	318
I. Ursprünge	318
II. Die Wende zur GSVP	319
III. Die weitere Entwicklung der GSVP	320
B. Gegenstand der GSVP	321
C. Rechtsgrundlagen der GSVP	321
I. Europäisches Primärrecht	321
1. Überblick	321
2. Insbesondere: Gemeinsame Verteidigung und Gemeinsame Verteidigungspolitik	322
3. Insbesondere: Die Beistandsklausel	325
II. Europäisches Sekundärrecht	329
D. Institutionelle Strukturen	330
I. PSK und EU-Militärausschuss	330
II. Europäischer Auswärtiger Dienst und EU-Militärstab	331
III. Weitere Einrichtungen	332
E. Die operative Dimension	333
I. Das Einsatzspektrum	333
1. Primärrechtliche Grundlagen	333
2. Bindung an das Völkerrecht	334
3. Die Einsatzpraxis der GSVP	334
II. Streitkräfte- und Kommandostrukturen	335
1. Streitkräftestrukturen in der GSVP	335
2. Kommandostrukturen in der GSVP	338
3. Flexibilität des Teilnehmerkreises	339
4. Verfassungsrechtliche Gesichtspunkte	340
III. Finanzierung	342
F. Die Fähigkeitendimension	343
I. Grundlagen	343
II. Der Capability Development-Prozess	344

Inhaltsverzeichnis

III. Die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit	345
IV. Rüstungsbinnenmarkt und Industriepolitik	346
§ 15 Multinationale Hauptquartiere, Verbände und Einheiten, Einrichtungen und Operationen	349
A. Überblick	349
B. Querschnittliche Rechtsfragen	351
I. Rechtsstellung, Governance, Auftrag und Aufgaben	351
II. Haushalt und Beschaffungen	352
III. Umgang mit und Schutz von Informationen, Informationsträgern und Infrastruktur	353
IV. Personal	354
V. Begriffliche Bedeutung der militärischen Integration	354
C. Multinationale Hauptquartiere	356
I. Multinationale Korps	357
1. Rechtsgrundlagen	357
2. Rechtspersönlichkeit	358
3. Integrierte Befehlsbefugnis	358
4. Sonstige Aspekte militärischer Integration	359
II. Europäisches Lufttransportkommando	359
III. Stab Commander Task Force Baltic	360
D. Multinationale Verbände und Einheiten	361
I. Multinationale Verbände und Einheiten außerhalb von NATO und EU	361
II. Insbesondere: Deutsch-Französische Verbände und Einheiten	362
1. Die Deutsch-Französische Brigade	362
2. Die binationale Lufttransportstaffel	363
E. Multinationale Einrichtungen	363
I. Militärische Einrichtungen	364
II. Zivile Einrichtungen	365
F. Multinationale Operationen	365
I. Systematik der Rechtsfragen multinationaler Operationen	366
II. Beispielsfall: ISAF vor der Unterstellung unter die NATO	368
III. Besonderheiten von UN-Operationen	369
G. Pflicht zur Achtung des Rechts des Aufnahmestaates bei Nutzung von Liegenschaften in Deutschland	370
§ 16 Stationierungsrecht in Deutschland	373
A. Einleitung	373
B. Stationierung im Rahmen der Bündnisverteidigung	374
I. Truppenstationierung	374
II. NATO-Hauptquartiere	383
C. Vorübergehender Aufenthalt von Streitkräften außerhalb der Bündnisverteidigung	385
4. Teil. Einsatzrecht	387
§ 17 Die materiellrechtliche Zulässigkeit von Inlandseinsätzen der Bundeswehr	387
A. Rahmenbedingungen	388
I. Verfassungsgeschichtliche Entwicklungen	389
II. Verfassungsvorbehalt (Art. 87a Abs. 2 GG)	390
1. Einsatzbegriff	390
2. Trennungsgebot	393
3. Ausnahmeregel	394

III. Erweiterung des Verteidigungsbegriffs	394
IV. Heimatschutz und „vernetzte“ Sicherheit	396
B. Verfassungsrechtliche Grundlagen	396
I. Einsatzspektrum und Grundprinzipien	396
II. Innerer Notstand	398
1. Rechtlicher Rahmen	398
2. Tatbestandsvoraussetzungen	399
3. Subsidiarität	399
4. Einsatzszenarien	400
5. Entscheidung über den Ausnahmezustand	401
III. Katastrophennotstand	401
1. Begriffsklärung	401
2. Präventive Einsätze	403
3. Verfassungsänderung und Verfassungswandel	403
§ 18 Die materiellrechtliche Zulässigkeit von Auslandseinsätzen der Bundeswehr	405
A. Verfassungsrechtliche Voraussetzungen	406
I. Der politische Weg zur Etablierung von Auslandseinsätzen	406
II. Verfassungsrechtliche Ermächtigung von Auslandseinsätzen	408
1. Der Verfassungsvorbehalt des Art. 87a Abs. 2 GG	408
2. Einsätze zur „Verteidigung“ im Sinne des Art. 87a Abs. 1 GG	409
3. Einsätze mit ausdrücklicher Zulassung im Grundgesetz außerhalb der Verteidigung	411
III. Verfassungsrechtliche Grenzen von Auslandseinsätzen (Art. 25 und 26 GG)	413
IV. Exkurs: Grundrechtsbindung und Befugnisse im Ausland	415
B. Völkerrechtliche Voraussetzungen (ius ad bellum)	416
I. Überblick	416
II. Das Gewaltverbot aus Art. 2 Nr. 4 UN-Charta	417
1. Historische Entwicklung	417
2. Begriff der verbotenen Gewalt	417
3. In den internationalen Beziehungen	418
4. Schutzgüter des Verbots: territoriale Unversehrtheit und politische Unabhängigkeit sowie die Vereinbarkeit der Gewaltanwendung mit den Zielen der Vereinten Nationen	419
III. Anerkannte Ausnahmen vom Gewaltverbot	420
1. Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII UN-Charta	420
2. Das individuelle und kollektive Selbstverteidigungsrecht nach Art. 51 UN-Charta	423
3. Eingreifen auf Einladung	430
IV. Umstrittene völkerrechtliche Rechtfertigungsgründe für den Einsatz militärischer Gewalt	430
1. Humanitäre Intervention und Schutzverantwortung	431
2. Rettung eigener und fremder Staatsangehöriger aus Notsituationen	433
V. Ausblick und offene Problemlagen	434
§ 19 Parlamentsbeteiligung	437
A. Judikatur und Gesetzgebung zum Parlamentsvorbehalt für Auslandseinsätze	438
I. Entwicklung der Rechtsprechung zum Parlamentsvorbehalt	438
1. Out of Area-Urteil	439
2. AWACS II-Urteil	440
3. Lissabon-Urteil	441

Inhaltsverzeichnis

4. Pegasus-Urteil	441
5. Zusammenfassung	442
II. Das Parlamentsbeteiligungsgesetz	443
B. Erscheinungsformen der Parlamentsbeteiligung	444
I. Inlands- und Auslandseinsatz	444
II. Kompetenzrecht der auswärtigen Gewalt	445
1. Traditionelle Staatsauffassung	445
2. Modi parlamentarischer Beteiligung	446
III. Die Bundeswehr als Parlamentsarmee	450
1. „Parlamentsheer“: Rechtsbegriff und Bekenntnisbegriff	450
2. Wehrverfassungsrechtlicher Parlamentsvorbehalt	451
3. Mitregentschaft in der GSVP	456
IV. Waffenexport an der „Einsatz“-Grenze	459
1. Drittstaatennothilfe	459
2. Parlamentarische Kontrolle	461
V. Parlamentarisches Mitregieren	462
§ 20 Im Einsatz anwendbares Recht	465
A. Inlandseinsatz	467
I. Einsatz im inneren Notstand	468
1. Entscheidung über den Einsatz	468
2. Einsatzzweck	469
3. Anwendung von Polizeirecht	469
4. Anwendung von humanitärem Völkerrecht	471
II. Einsatz im Katastrophennotstand	473
1. Landesinterner (regionaler) Notstand	474
2. Landesübergreifender (überregionaler) Notstand	476
3. Verwendung spezifisch militärischer Waffen	477
4. Renegade-Fälle	479
III. Amtshilfe	481
B. Auslandseinsatz	481
I. Humanitäres Völkerrecht	481
1. Grundlagen	481
2. Anwendbarkeit	486
3. Grundlegende Regelungsprinzipien	492
4. Kombattanten und Mitglieder anderer bewaffneter Gruppen	494
5. Zivilpersonen und andere besonders geschützte Gruppen	496
6. Weitere Personengruppen	500
7. Mittel und Methoden der Kriegsführung/Waffen- und Einsatzrecht	501
8. Zulässige Ziele	503
9. Besonderheiten im See- und Luftkrieg	507
II. Grund- und Menschenrechte	508
1. Der Schutz von Grund- und Menschenrechten im „offenen Verfassungsstaat“	509
2. Menschenrechtliche Verpflichtungen im Auslandseinsatz	512
3. Unionsgrundrechtliche Verpflichtungen im Auslandseinsatz	525
4. Grundrechtliche Verpflichtungen im Auslandseinsatz	527
5. Schlussbetrachtung	532
III. Einsatzrecht in der Praxis	533
1. Verfassungsrechtliche Einsatzgrundlagen	533
2. Das Bundestagsmandat	537
3. „Recht“ im Einsatz	540
4. Besondere Herausforderungen jüngerer Zeit	544

§ 21 Besondere Einsatzräume	551
A. Seerecht	554
I. Seevölkerrecht	554
1. Maritime Zonen der Küstenstaaten	555
2. Hohe See und Gebiet	556
3. Flaggenprinzip	557
II. Status von Kriegsschiffen und militärischen Luftfahrzeugen	557
1. Definition von Kriegsschiffen	557
2. Immunität	558
3. Navigationsrechte	558
4. Meeresumweltschutz	559
III. Militärische Operationen in Friedenszeiten	559
1. Aufgaben im Bereich der maritimen Sicherheit	559
2. Militärübungen	562
3. Aufklärung	562
4. Seenotrettung	562
IV. Obligatorische Streitbeilegung nach Teil XV des SRÜ	563
1. Gerichtsbarkeit betreffend Streitigkeiten über die Auslegung und Anwendung des SRÜ	563
2. Fakultative Ausnahme für „Streitigkeiten über militärische Handlungen“ gem. Art. 298 Abs. 1 lit. b SRÜ	564
3. Eilrechtsschutz durch vorläufige Maßnahmen	565
V. Friedliche Nutzung und Gewalt(androhungs-)verbot	565
1. Gebot der friedlichen Nutzung	565
2. Gewalt(androhungs-)verbot	566
3. Selbstverteidigung	566
VI. Ausblick	567
B. Cyber- und Informationsraum	568
I. Völkerrechtliche Rahmenbedingungen für militärische Operationen im Cyberraum	568
1. Einleitung	568
2. Selbstschutz der Bundeswehr im Grundbetrieb	573
3. Aufklärung	573
4. Wirkung	575
5. Sorgfaltspflichten	587
6. Fazit	588
II. Wehrverfassungsrechtliche Rahmenbedingungen für militärische Einsätze im Cyberraum	588
1. Verfassungsvorbehalt für Einsätze der Streitkräfte im Cyberraum	588
2. Ermächtigungsgrundlagen für den Einsatz der Streitkräfte im Cyberraum	595
3. Wehrverfassungsrechtlicher Parlamentsvorbehalt für den Einsatz der Streitkräfte im Cyberraum	600
III. Rechtliche Rahmenbedingungen für das Militärische Nachrichtenwesen	602
1. Einführung	602
2. Begriffe und Abgrenzungen	603
3. Organisation des Militärischen Nachrichtenwesens	608
4. Rechtsrahmen	610
5. Kooperationsrecht	616
6. Kontrollmechanismen	617
7. Ausblick	618

Inhaltsverzeichnis

C. Weltraum	618
I. Der Weltraum als Dimension der militärischen Operationsführung ...	618
II. Weltraumrecht	619
1. Freier Zugang zum und freie Nutzung des Weltraums	619
2. Spezifische Verbote der militärischen Nutzung	620
3. Allgemeine Pflichten nach Art. IX WRV	620
4. Weitere Regelungen	622
III. Allgemeines Völkerrecht	622
1. Gewalt(androhungs-)verbot	622
2. Selbstverteidigung	623
3. Gegenmaßnahmen	626
IV. Humanitäres Völkerrecht	627
1. Unterscheidungsprinzip	627
2. Verhältnismäßigkeit	629
3. Vorsichtsmaßnahmen	630
V. Nationale Regelungen	631
§ 22 Haftung und Verantwortlichkeit	633
A. Amtshaftung	635
I. Grundstrukturen des Amtshaftungsanspruchs und seine „grundrechtliche Radizierung“	635
II. Haftungsansprüche des Individuums auf völkerrechtlicher Ebene	636
III. Amtshaftungsansprüche im Kontext extraterritorialer Sachverhalte sowie im Kontext bewaffneter Konflikte	637
1. Anwendungsbereich	637
2. Problematische Voraussetzungen bei Auslandseinsätzen – Eine Nahaufnahme	640
3. Schlussbetrachtung	641
B. Völkerrechtliche Verantwortlichkeit	641
I. Das völkerrechtliche Delikt – Die Grundstrukturen internationaler Verantwortlichkeit von Staaten und IO	642
II. Zurechnung	642
1. Unilaterale Einsätze	643
2. Multinationale Einsätze	643
III. „Derivative Verantwortlichkeit“	648
IV. Resümee	649
C. Bundeswehr und Völkerstrafgesetzbuch	649
I. Grundlagen	649
1. Historisches und Zielsetzung	649
2. Auslegung	650
II. Allgemeiner Teil	650
1. Strafanwendungsrecht	650
2. Täterschaft, Teilnahme und Vorgesetztenverantwortlichkeit	651
3. Handeln auf Befehl	651
4. Verjährung	651
III. Ausgewählte Völkerrechtsverbrechen	651
1. Kriegsverbrechen	651
2. Verbotene Methoden der Kriegsführung (§ 11 VStGB)	652
3. Verbotene Mittel der Kriegsführung (§ 12 VStGB)	657
4. Kriegsverbrechen gegen Personen (§ 8 VStGB)	657
5. Konkurrenzen, Funktionsträgerimmunität und Kombattantenprivileg	658
IV. Strafverfolgung	659
1. Bundesanwaltschaft	659

2. Polizei und internationale Rechtshilfe	659
3. Bundeswehr	660
V. Fazit	660
5. Teil. Rüstung und Beschaffung	663
§ 23 Rüstungsbeschaffung im parlamentarischen und administrativen	
Prozess	663
A. Grundlegende Annahme	664
B. Historischer Abriss	665
I. Trennung von Bedarfsträgern und Bedarfsdeckern	665
II. Die Epoche der konventionellen Nachrüstung	666
III. Militärischer Bedarf im Spannungsfeld zu politischen Zielen	666
IV. Administrative Handhabe im Wandel der Zeit	667
C. Die Akteure	668
D. Die Reformbestrebungen seit den 2000er Jahren	669
I. Militärisch geführtes Koordinationsgremium	670
II. Nebeneinander von militärischer und ziviler Führung	671
III. Projektverantwortlichkeit im Team	673
IV. Projektverantwortlichkeit im Team	674
E. Der ressortinterne Prozess	674
F. Die Rechtsvorschriften	676
G. Die parlamentarische Beteiligung	676
I. Haushaltsausschuss und Verteidigungsausschuss	677
1. Die Obleute der Fraktionen im Ausschuss	678
2. Das Recht der Tagesordnung	678
3. Die Arbeitsgremien der Fraktionen im Bundestag	679
4. Geschlossener Ausschuss	679
5. Die Aufgaben der Ausschüsse	679
6. Der Einzelplan 14 im Verfahren der Haushaltsaufstellung	680
7. Die Rolle der Berichterstatter	681
II. Beschlussfassung bei größeren Beschaffungsvorhaben	681
1. Beschaffungsvorhaben mit besonderer sicherheits- oder	
militärpolitischer Bedeutung	682
2. Unterrichtung des Parlaments	682
3. Beschaffungsvorhaben von mehr als 25 Mio. EUR	683
4. Die qualifizierten Sperren gem. §§ 22, 24 BHO bei	
Beschaffungsvorhaben	684
III. Kritische Würdigung	684
1. Historischer Hintergrund	684
2. Auseinanderfallen der Tatbestandsmerkmale	685
3. Überdehnung der Kontrollfunktion	686
4. Starke Ressourcenbindung im Apparat	686
5. Kein erkennbarer Mehrwert	687
6. Kollision mit anderen Rechtsbereichen	688
§ 24 Vergabeverfahren	689
A. Einleitung	690
B. Grundstrukturen des Vergaberechts im Allgemeinen	690
C. Vergaberecht im Bereich Verteidigung und Sicherheit	693
I. Besondere Rahmenbedingungen des Rüstungsmarktes	693
II. Historische Entwicklung der rechtlichen Grundlagen	696
III. Rechtsquellen und Systematik	698

Inhaltsverzeichnis

D. Anwendungsbereich des Sondervergaberechts für den Bereich Verteidigung und Sicherheit	699
I. Anwendungsbereich (§ 104 GWB)	699
II. Ausnahmen nach Art. 346 AEUV, § 107 Abs. 2 GWB	703
1. Grundlagen und Voraussetzungen	703
2. Praktische Handhabung und aktuelle Entwicklungen	707
III. Ausnahmen des § 145 GWB	709
IV. Ausnahmen des § 117 GWB	710
E. Besonderheiten im Vergabeverfahren im Bereich Verteidigung und Sicherheit	712
I. Informationssicherheit und Versorgungssicherheit als besondere Vergabegrundsätze	712
II. Spezifische Regeln für das Vergabeverfahren	713
1. GWB, VSVgV und VOB/A-VS	713
2. Gesetzliche Novellierungen und Reformprozesse	715
F. Probleme des Beschaffungswesens und die Rolle des Vergaberechts	718
1. Entscheidung über den konkreten Beschaffungsgegenstand	718
2. Strukturen und Prozesse	719
§ 25 Internationale Rüstungskooperation	721
A. Einleitung	722
B. Zur Geschichte der internationalen Rüstungskooperation mit Bezug zu Deutschland	723
I. Ursprünge der Beziehung von Rüstungskooperation und Rüstungskontrolle	724
II. Rüstungskooperation und Rüstungskontrolle 1945–1990	724
III. Trennung von Rüstungskontrolle und Rüstungskooperation	726
IV. Rüstungskooperation und Rüstungskontrolle nach 1990	727
C. Internationale Rüstungskooperation: Nationale Interessen, Recht und Rechtspolitik	729
D. Die internationale Rüstungskooperation Deutschlands seit 1990	731
I. Grundlagen	732
1. Regelungstechnik und Begriffsbildung	732
2. Regelungsgegenstände	733
II. Rüstungskooperation im LoI-6-Rahmen	733
1. Begriffsbestimmungen	734
2. Kooperationsmechanismen	734
III. Rüstungskooperation im Rahmen der Gemeinsamen Organisation für Rüstungskooperation – Organisation Conjointe de Coopération en Matière d’Armement (OCCAR)	735
1. Begriffsbestimmungen	736
2. ProgrammGovernance	736
3. Industriebeteiligung – Beschaffung	737
4. Besonderheiten bei der Durchführung von Programmen	737
IV. Rüstungskooperation im NATO-Rahmen	738
1. Rüstungskooperation im Rahmen der Konferenz der Rüstungsdirektoren	739
2. NATO-Verteidigungsplanungsprozess und Rüstungskooperation ..	739
3. NATO-Rüstungsagenturen	739
4. Science and Technology Organization (STO)	740
5. NATO-Innovationsinitiativen	740
V. Rüstungskooperation im EU-Rahmen	740
1. Vorbemerkung zur Bedeutung des intergouvernementalen EU-Rechts für die internationale Rüstungskooperation	741

2. Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation – PESCO)	741
3. Europäische Friedensfazilität (European Peace Facility – EPF)	743
4. Europäische Verteidigungsagentur (European Defence Agency – EDA)	743
VI. Bilaterale Rüstungskooperation Deutschlands	746
1. Frankreich	746
2. Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland	747
3. Vereinigte Staaten von Amerika	748
E. Einflüsse des supranationalen EU-Rechts	748
I. Organisationsrecht	749
II. Binnenmarkt für Verteidigungsgüter und Verteidigungsindustriepolitik	750
III. Einwirkungen querschnittlicher supranationaler Rechtsakte der EU auf die internationale Rüstungskooperation	752
IV. Ergänzende Überlegungen zu Art. 4 Abs. 2 S. 3 EUV mit Blick auf „misslungene Bereichsausnahmen“	756
F. URENCO	757
G. Gesamtbild	758
6. Teil. Schutz der Funktionsfähigkeit der Streitkräfte	761
§ 26 Soldatisches Disziplinarrecht	761
A. Funktionsfähigkeit der Streitkräfte und Disziplinarrecht	762
I. Die historischen Vorläufer der WDO	762
II. Zweck des Disziplinarrechts	763
III. Verhältnis zwischen Strafrecht und Wehrdisziplinarrecht	764
1. Gesetzliche Grundlagen	764
2. Verfassungsrechtliche Rechtsprechung	765
3. Kritik an der Rechtsprechung	766
B. Grundlagen des Wehrdisziplinarrechts	766
I. Anwendungsbereich der WDO	766
II. Der Begriff des „Dienstvergehens“	767
III. Allgemeine Bestimmungen zur Ahndung von Dienstvergehen	768
1. Opportunitätsprinzip	768
2. Grundsatz der Einheit des Dienstvergehens	768
3. Verhältnis von Disziplinarmaßnahmen zu Strafen und Ordnungsmaßnahmen	769
4. Beschleunigungsgebot	771
5. Verhängungsverbote aufgrund von Zeitablauf	771
6. Verbot der Mehrfachahndung	772
IV. Wehrdienstgerichtsbarkeit	773
V. Das Disziplinarverfahren	774
1. Einfaches Disziplinarverfahren	774
2. Gerichtliches Disziplinarverfahren	775
C. Materielles Disziplinarrecht	776
I. Würdigung besonderer Leistungen	776
II. Ahndung von Dienstvergehen	777
1. Einfache Disziplinarmaßnahmen	777
2. Gerichtliche Disziplinarmaßnahmen	777
III. Bemessung der Disziplinarmaßnahme	778
1. Allgemeine Richtlinien der Maßnahmebemessung	778
2. Maßnahmebemessung nach der Rechtsprechung	779

Inhaltsverzeichnis

D. Novellierung der WDO	780
I. Ziele der Novellierung	780
II. Fazit und Ausblick	780
1. Verfahrensbeschleunigung	780
2. Anhörung der Vertrauensperson in der Hauptverhandlung	781
3. Neuregelung von Durchsuchung und Beschlagnahme	781
4. Ausblick	783
§ 27 Schutz der Streitkräfte durch Strafnormen	785
A. Funktionsfähigkeit der Streitkräfte und Strafrecht	785
B. Die Vorschriften des Strafgesetzbuches	787
I. Straftaten gegen die Landesverteidigung	787
1. Der strafrechtliche Begriff der Landesverteidigung	787
2. Verminderung der personellen Ressourcen der Streitkräfte	788
3. Störungen des Betriebs der Streitkräfte	789
4. Sicherheitsgefährdende Handlungen gegen die Bundeswehr	790
II. Weitere Straftatbestände mit Bundeswehrbezug	791
1. Staatsschutzdelikte	791
2. Sachbeschädigungsdelikte	792
3. Widerstandsdelikte	792
4. Sonstige Straftatbestände des StGB	792
C. Das Ordnungswidrigkeitenrecht	793
D. Das Wehrstrafgesetz	793
I. Allgemeine Bestimmungen	793
1. Anwendungsbereich	793
2. Schuldvorwurf	794
3. Strafen	794
II. Militärische Straftaten	795
1. Dienstentziehungsdelikte	795
2. Straftaten Untergebener	795
3. Straftaten Vorgesetzter	796
E. Fazit	796
§ 28 Die Abwehr von Extremismus und Spionage	799
A. Institutionelle Vorgeschichte	799
B. Verfassungsschutz- und Abwehraufgaben in der Bundeswehr	800
C. Verfassungsrechtliche Grundlagen	802
I. Verfassungsorganisationsrecht und MAD	802
II. MADG: Gesetzgebungserfordernis und -befugnis	804
D. Abwehr- und Abschirmaufgaben	805
I. Abschirmdienst	805
II. Spionage- und Sabotageabwehr (einschließlich Zersetzung)	806
III. Der MAD im Auslandseinsatz	808
IV. Extremismusabwehr	810
V. Internationale Terrorismus- und Extremismusabwehr	816
VI. Kritische Regelungstechnik – Rückwirkungen auf das MADG?	818
E. Verfassungsschutzverbund und vernetzte Sicherheit	820
F. Reform der Datenübermittlungsregeln und MADG	823
§ 29 Die Überprüfung der sicherheitlichen Zuverlässigkeit von Soldatinnen und Soldaten	827
A. Grundsätzliches	827
I. Bedarf und Zweck einer sicherheitlichen Überprüfung	827
II. Rechtsgrundlagen und ihre maßgeblichen Entwicklungen	828

B. Sicherheitsüberprüfungsverfahren	831
I. Zuständigkeiten	831
II. Überprüfungsarten und Überprüfungsdichte	832
III. Verfahrensgrundsätze	834
IV. Sicherheitsrisiken	836
V. Abschluss des Verfahrens	837
VI. Sicherheitserhebliche Erkenntnisse nach Abschluss der Sicherheitsüberprüfung	838
VII. Rechtsschutz	838
C. Fazit	839
§ 30 Selbstschutz der Bundeswehr mittels unmittelbaren Zwangs	841
A. Vorbemerkung	842
B. Entstehung und Einordnung des UZwGBw	842
C. Der Geltungsbereich des UZwGBw	843
I. Berechtigte Personen (persönlicher Geltungsbereich)	843
1. Soldaten der Bundeswehr (§ 1 Abs. 1 UZwGBw)	844
2. Soldaten verbündeter Streitkräfte (§ 1 Abs. 2 UZwGBw)	844
3. Ziviles Wachpersonal (§ 1 Abs. 3 UZwGBw)	844
II. Militärische Bereiche und Sicherheitsbereiche (örtlicher Geltungsbereich)	844
1. Deutsches Hoheitsgebiet	844
2. Geltung im Ausland	845
3. Militärischer Bereich und militärischer Sicherheitsbereich	845
III. Straftaten gegen die Bundeswehr (sachlicher Geltungsbereich)	847
D. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit (§ 12 UZwGBw)	847
I. Grundsatz der Geeignetheit	848
II. Grundsatz der Erforderlichkeit	848
III. Grundsatz der Angemessenheit	848
E. Besondere Befugnisse in militärischen Sicherheitsbereichen	848
I. Personenüberprüfung (§ 4 UZwGBw)	849
II. Weitere Personenüberprüfung (§ 5 UZwGBw)	849
III. Vorläufige Festnahme (§ 6 UZwGBw)	850
IV. Durchsuchung (§§ 7, 8 UZwGBw)	850
1. Durchsuchung und Beschlagnahme (§ 7 UZwGBw)	850
2. Durchsuchung und Beschlagnahme (§ 8 UZwGBw)	851
F. Anwendung unmittelbaren Zwanges	852
I. Einzelmaßnahmen des unmittelbaren Zwanges (§ 10 UZwGBw)	853
II. Voraussetzungen des unmittelbaren Zwanges (§ 9 UZwGBw)	853
1. Verhinderung von Straftaten gegen die Bundeswehr (§ 9 Nr. 1 UZwGBw)	853
2. Beseitigung rechtswidriger Störungen (§ 9 Nr. 2 UZwGBw)	854
3. Erzwingung von Maßnahmen des UZwGBw sowie der vorläufigen Festnahme nach § 127 StPO (§ 9 Nr. 3 UZwGBw)	855
4. Androhung und Hilfeleistung für Verletzte	855
G. Schusswaffengebrauch gegen Personen	856
I. Anwendungsfälle für den Gebrauch von Schusswaffen gegen Personen (§ 15 UZwGBw)	856
1. Schusswaffengebrauch gegen Einzelpersonen	856
2. Schusswaffengebrauch gegen eine Menschenmenge (§ 15 Abs. 2 UZwGBw)	858

Inhaltsverzeichnis

II. Verhältnismäßigkeit und Androhung des Schusswaffengebrauchs gegen Personen	858
1. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz im Rahmen des Schusswaffengebrauchs	859
2. Androhung des Schusswaffengebrauchs	859
H. Schlussbemerkung	860
7. Teil. Die Rechtsstellung des Soldaten	861
§ 31 Grundsatz: Staatsbürger in Uniform und Innere Führung	861
A. Einführung	862
I. Staatsstrukturprinzipien als rechtlicher Rahmen	863
II. Rechtsbindung der Streitkräfte unter dem Grundgesetz	864
B. Der Leitbegriff der „Inneren Führung“	866
I. Verrechtlichung der Inneren Führung	866
1. Entstehung des Konzepts der Inneren Führung	869
2. Innere Führung als historischer Gegenentwurf	869
II. Fortentwicklung der „Inneren Führung“	870
C. Der Leitbegriff des „Staatsbürgers in Uniform“	871
I. Verfassungsrechtliche Rechtsstellung von Soldaten	872
1. Rechtsstellung von Soldaten vorheriger deutscher Streitkräfte	872
2. Rechtsstellung von Soldaten unter dem Grundgesetz	873
II. Prinzip des gewissensoleiteten Gehorsams	877
III. Politisch motivierter „Staatsbürger in Uniform“ als Idealbild	877
IV. Politische Betätigung von Soldaten	878
D. Organisatorische Verankerung der Inneren Führung	879
I. Der Wehrbeauftragte	879
II. Der Aufgabenverbund Innere Führung	880
1. Das Zentrum Innere Führung	880
2. Weitere Organisationseinheiten im Aufgabenverbund	880
III. Der Beirat für Fragen der Inneren Führung	881
E. Vergleich mit Konzepten anderer Staaten	881
F. Herausforderungen für die Innere Führung	882
G. Zusammenfassung und Perspektiven	883
§ 32 Der Soldatenstatus	885
A. Verfassungsrechtliche Grundlagen	886
I. Ausgangspunkt	886
II. Anwendungsbereich von Art. 33 Abs. 4 GG	886
1. Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse	887
2. „als ständige Aufgabe“	887
3. „öffentlicher Dienst“	887
III. Kein Anwendungsbereich von Art. 33 Abs. 5 GG	888
IV. Folgen	888
1. Keine hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums	888
2. Öffentlich-rechtliches Verhältnis	888
3. Dienst- und Treueverhältnis	889
B. Statusverhältnisse	889
I. Wehrdienstverhältnis infolge Wehrpflicht (WPfLG, SG)	889
1. Verfassungsrechtliche Wehrpflicht	889
2. Wehrpflicht nach dem SG	890
II. Freiwillige Wehrdienstverhältnisse	891
1. Berufssoldat	891
2. Soldat auf Zeit	902
3. Eignungsübender	907

4. Freiwilliger Wehrdienst als besonderes staatsbürgerliches Engagement	911
5. Reservistendienst Leistendernach dem 4. Abschnitt des SG	912
6. Reservistendienst Leistende nach dem ResG	918
7. Reservistendienst Leistendenach § 81 SG	919
8. Exkurs: Faktische Wehrdienstverhältnisse	920
§ 33 Rechte des Soldaten und Befehlsrecht	921
A. Rechte des Soldaten	922
I. Konkretisierungen staatsbürgerlicher Rechte	924
1. Patientenrechte	924
2. Datenschutz	924
3. Religionsausübung	924
4. Wahlrecht	924
5. Dienstverhältnis	925
6. Rechte hinsichtlich des Dienstbetriebs	927
II. Rechte aus dem Dienstverhältnis	928
1. Fürsorge	928
2. Haftungsprivilegierung	930
3. Dienstzeitbescheinigung	930
III. Rechtsschutz	930
1. Anspruch auf Rechtsausbildung	931
2. Rechtsmittel und -behelfe des Wehrdienstverhältnisses	931
B. Befehlsrecht	931
I. Was ist Befehlsrecht?	931
1. Befehl als Mittel zur Führung von Soldaten	932
2. Überblick: Begrenzung des Befehlsrechts	933
3. Wirkung und Rechtsschutz	934
II. Die militärische Anweisungsbefugnis	935
1. Anweisung	935
2. „bestimmtes Verhalten“	936
3. Vorgesetzter	937
4. Gehorsamsanspruch	937
5. Formfreiheit von Befehlen	938
III. Die einzelnen Vorgesetztenverhältnisse	938
1. Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt (Art. 65a GG/ Art. 115b GG)	938
2. Vertreter des Ministers (§ 14 Abs. 3 GO BReg)	939
3. Problematisch: Generalinspekteur der Bundeswehr	939
4. Vorgesetzter infolge § 21 Abs. 2 S. 2 WDO	940
5. Vorgesetzter infolge § 1 Abs. 3 S. 2 iVm VorgV	940
IV. Die Rechtmäßigkeit eines Befehls	949
1. Dienstlicher Zweck	950
2. Regeln des Völkerrechts	951
3. Gesetze	951
4. Dienstvorschriften	951
5. Nonkonformität mit § 10 Abs. 4 SG	952
V. (Un-)Verbindlichkeit eines Befehls	952
1. Fehlender dienstlicher Zweck	953
2. Unzumutbarkeit	953
3. Menschenwürdeverstoß	954
4. Straftat	955
5. Völkerrechtswidrige Befehle	956

Inhaltsverzeichnis

6. Allgemeine Unverbindlichkeitsgründe	956
7. Irrtumsregeln	956
VI. Rechtsschutz gegen Befehle	957
§ 34 Soldatische Pflichten	959
A. Verfassungsrechtliche Konkretisierungen	960
I. Ausübung hoheitlicher Befugnisse	960
1. Pflicht zum treuen Dienen und zur Tapferkeit (§ 7 SG)	960
2. Pflicht, für die demokratische Grundordnung einzutreten (§ 8 SG)	961
3. Gehorsamspflicht (§ 11 Abs. 1 SG)	964
4. Disziplinwahrungspflicht (§ 17 Abs. 1 SG)	965
5. Verbot der Annahme von Belohnungen oder Geschenken (§ 19 Abs. 1 SG)	966
II. Pflichten infolge des Rechtsstaatsgebotes	967
1. Rechtmäßigkeit bei der Befehlserteilung	967
2. Angemessene Befehlsdurchsetzung	969
B. Pflichten zur Erfüllung des Dienstbetriebs	969
I. Pflicht zur Kameradschaft (§ 12 SG)	969
II. Pflicht zur Wahrheit (§ 13 Abs. 1 SG)	970
III. Pflicht zur Verschwiegenheit und Herausgabe	971
1. Allgemeine Verschwiegenheitspflicht (§ 14 Abs. 1 S. 1 SG)	971
2. Aussage- und Erklärungsverbot (§ 14 Abs. 2 SG)	973
3. Herausgabeanspruch (§ 14 Abs. 3 SG)	974
IV. Pflichten im Zusammenhang mit politischer Betätigung	974
1. Betätigungsverbot im Dienst (§ 15 Abs. 1 SG)	975
2. Beeinflussungsverbot in dienstlichen Unterkünften (§ 15 Abs. 2 SG)	976
3. Uniformtrageverbot bei politischen Veranstaltungen (§ 15 Abs. 3 SG)	977
V. Einmischungsverbot im Aufenthaltsstaat (§ 16 SG)	977
VI. Innerdienstliche Wohlverhaltenspflicht (§ 17 Abs. 2 S. 1 SG)	978
VII. Verhüllungsverbot (§ 17 Abs. 2 S. 2 SG)	979
VIII. Pflicht zur Gesunderhaltung (§ 17a SG)	980
IX. Gemeinschaftsunterkunft und -verpflegung (§ 18 SG)	982
C. Nachdienstliche Pflichten	983
I. Außerdienstliche Wohlverhaltenspflicht (§ 17 Abs. 2 S. 3 SG)	983
II. Pflichten im Zusammenhang mit Nebentätigkeiten (§ 20 SG)	984
III. Pflichten nach dem Wehrdienstverhältnis	986
1. Wiederverwendungs-Wohlverhaltenspflicht (§ 17 Abs. 3 SG)	986
2. Anzeigepflicht (§ 20a SG)	986
D. (Übrige) Pflichten des Vorgesetzten	987
I. Dienstaufsichtspflicht (§ 10 Abs. 2 SG)	987
II. Fürsorgepflicht (§ 10 Abs. 3 SG)	988
III. Zurückhaltungspflicht bei Äußerungen (§ 10 Abs. 6 SG)	988
IV. Dienstliches Erfordernis von Meldungen (§ 13 Abs. 2 SG)	988
V. Verbot politischer Beeinflussung (§ 15 Abs. 4 SG)	989
§ 35 Soldatisches Beschwerderecht	991
A. Entstehung und Abgrenzung	992
I. Entwicklung	992
II. Weitere Rechtsschutzmöglichkeiten	993
B. Grundlagen des Beschwerderechts	994
I. Gegenstand	994
1. Allgemeines Beschwerderecht	994
2. Sonstige Beschwerden	994

II. Einheitliches Vorverfahren	995
III. Anwendbares Recht	995
IV. Schutzmechanismen	995
C. Das Beschwerdeverfahren	996
I. Einlegung	996
1. Zuständige Stelle	996
2. Form und Frist	996
3. Abgesetzte Truppenteile	997
4. Rücknahme	997
II. Sonderfall Vermittlungs- und Ausspracheverfahren	997
III. Beschwerdearten	998
1. Truppendienstliche Beschwerde	998
2. Beschwerde in Verwaltungsangelegenheiten	999
3. Disziplinarbeschwerde	1000
IV. Wirkung und einstweilige Maßnahmen	1001
V. Entscheidung über die Beschwerde	1001
1. Zuständigkeit	1001
2. Entscheidungsvorbereitung	1002
3. Beschwerdebescheid	1002
VI. Die weitere Beschwerde	1003
VII. Notwendige Aufwendungen und Kosten im vorgerichtlichen Verfahren	1003
D. Das gerichtliche Verfahren	1004
I. Grundlagen	1004
II. Anträge auf gerichtliche Entscheidungen	1004
1. Antrag auf Entscheidung des Truppendienstgerichts	1005
2. Der Weg zum Bundesverwaltungsgericht	1008
III. Rechtsbeschwerde und Nichtzulassungsbeschwerde	1008
E. Ausblick	1009
§ 36 Soldatische Beteiligungsrechte	1011
A. Entwicklung und Rechtsgrundlagen	1012
I. Beteiligung nach SG F. 1956 und PersVG F. 1955	1012
II. Änderungen im SG F. 1975 und BPersVG F. 1974	1013
III. Überleitung zum SBG F. 1991	1013
IV. Novellierung im SBG F. 1997	1014
V. Neufassung des SBG F. 2016	1014
B. Allgemeine Grundsätze (§§ 1, 2 SBG)	1015
I. Dualismus der Vertretungen (§ 1 Abs. 1 SBG)	1015
II. Beteiligung als Führungsgrundsatz	1016
III. Abgrenzung zu anderen Instituten (§ 1 Abs. 2 SBG)	1017
IV. Verantwortung der Vorgesetzten (§ 1 Abs. 3 SBG)	1017
V. Beteiligung und Gewerkschaften (§ 2 Abs. 1 SBG)	1017
1. Vertrauensvolle Zusammenarbeit (§ 9 Abs. 1 BPersVG)	1017
2. Zugangsrecht (§ 9 Abs. 2 BPersVG)	1018
3. Koalitionsfreiheit der Soldaten (§ 9 Abs. 3 BPersVG)	1018
VI. Verschwiegenheit der Vertretung (§ 2 Abs. 2 SBG)	1018
VII. Unfallschutz der Vertretungen (§ 2 Abs. 3 SBG)	1018
C. Wahl und Rechtsstellung der Vertretungen	1018
I. Amtszeit	1018
II. Ehrenamtlichkeit	1019
III. Wahlbereiche (§ 4 SBG, § 6 BPersVG)	1019
IV. Ebenen der Gremien	1019
1. Örtliche Versammlungen (§ 33 SBG)	1020

Inhaltsverzeichnis

2. Vertrauenspersonenausschüsse (§ 37 SBG)	1020
3. Gremien der Großverbände (§ 34 SBG)	1020
4. Stufenvertretungen (§ 117 BPersVG)	1020
D. Schutz, Rechtsschutz der Vertretungen	1021
E. Beteiligung der Vertrauenspersonen	1022
I. Nichtförmliche Beteiligung (§§ 19, 20 SBG)	1022
1. Vertrauensvolle Zusammenarbeit (§ 19 Abs. 1, 2 SBG)	1022
2. Allgemeine Aufgaben (§ 19 Abs. 3 SBG)	1023
3. Unterstützung (§ 20 SBG)	1023
II. Förmliche Beteiligung (§§ 21 ff. SBG)	1024
1. Anhörung (§ 21 SBG)	1024
2. Vorschlagsrecht (§ 22 SBG)	1025
3. Mitbestimmung (§ 23 SBG)	1025
III. Personelle Maßnahmen (§§ 24, 27, 29, 30 SBG)	1026
1. Verwendungsmaßnahmen (§ 24 Abs. 1 SBG)	1026
2. Fürsorgliche Maßnahmen (§ 24 Abs. 2 SBG)	1026
3. Beförderungen (§ 24 Abs. 4 SBG)	1026
4. Berufsförderung (§ 27 SBG)	1026
5. Bestpreise (§ 29 SBG)	1027
6. Auszeichnungen, Leistungsbesoldung (§ 30 SBG)	1027
IV. Dienstbetrieb, Betreuung und Fürsorge (§§ 25, 26 SBG)	1027
1. Mitbestimmung im Dienstbetrieb (§ 25 Abs. 3 SBG)	1027
2. Anhörung im Dienstbetrieb (§ 25 Abs. 1, 2 SBG)	1027
3. Mitbestimmung bei Betreuung (§ 26 Abs. 3 SBG)	1028
4. Anhörung bei Betreuung und Fürsorge (§ 26 Abs. 4, 5 SBG)	1028
5. Fürsorgeausschüsse (§ 26 Abs. 1, 2 SBG)	1028
V. Verfahren nach WBO und WDO (§§ 28, 29, 31 SBG)	1028
1. Einfache Disziplinarmaßnahmen (§ 28 Abs. 1 SBG)	1028
2. Gerichtliche Disziplinarverfahren (§ 28 Abs. 2 SBG)	1029
3. Förmliche Anerkennungen (§ 29 SBG)	1029
4. Wehrbeschwerdeverfahren (§ 31, § 32 SBG)	1029
VI. Mitbetroffenheit von Zivilpersonal (§ 26 Abs. 1, §§ 60, 63 SBG)	1029
1. Gemeinsame Angelegenheiten in Personalräten	1030
2. Kasernen- und Standortausschüsse (§ 26 Abs. 1 SBG)	1030
VII. Beteiligung der Vertrauenspersonenausschüsse (§§ 38 Abs. 3, 39 Abs. 2, 63 Abs. 4, 5 SBG)	1030
F. Beteiligung im Einsatz	1031
I. Besondere Auslandsverwendungen (§§ 53 ff. SBG)	1031
II. Inlandseinsätze	1032
III. Verteidigungs- und Bündnisfall	1032
§ 37 Gleichstellung und Gleichbehandlung in den Streitkräften	1033
A. Einleitung	1034
I. Frauen in den deutschen Streitkräften	1034
II. Begrifflichkeit Gleichberechtigung, Gleichbehandlung, Gleichstellung	1034
B. Gleichstellung in den Streitkräften: SGleiG = BGleiG versus militärische Besonderheiten	1035
I. Ziele	1035
II. Maßnahmen zur Gleichstellung in den Streitkräften	1036
1. Sprachliche Gleichbehandlung und die Option zur Einführung weiblicher Dienstgradbezeichnungen (§ 4 Abs. 4 und 5 SGleiG) ...	1036
2. Keine Frauenquote (§ 3 Abs. 5 SGleiG)	1036
3. Frauenförderung mit Augenmaß (§§ 1 Abs. 2, 7 SGleiG)	1037

4. Erstattung zusätzlich anfallender unabdingbarer Betreuungskosten (§ 17 SGleiG)	1037
5. Gleichstellungsplan als Instrument der Personalplanung (§§ 18 ff. SGleiG)	1038
6. Teilzeitbeschäftigung (§§ 11, 12 SGleiG iVm § 30a SG)	1038
7. Wahlrecht für die militärische Gleichstellungsbeauftragte nur für Soldatinnen (§ 24 SGleiG)	1038
III. Die militärische Gleichstellungsbeauftragte	1039
1. Rechtsstellung: gewählt, weisungsfrei, entlastet und geschützt (§§ 29, 42 Abs. 1 S. 1, Abs. 2, Abs. 4, Abs. 7 SGleiG)	1039
2. Aufgaben: Beratung, Unterstützung, Sachwalterin der Gleichstellungsgesetze (§ 49 SGleiG)	1039
3. Befugnisse: Initiative, Information, Mitwirkung und Einspruch (§§ 50 ff., 68 f. SGleiG)	1040
IV. Militärische Gleichstellungsvertrauensfrau (§§ 16d, 19 Abs. 3 SGleiG)	1041
1. Rechtsstellung, Abgrenzung zur GleichBmil	1042
2. Augen und Ohren der militärischen Gleichstellungsbeauftragten auf Bataillonsebene (§ 67 Abs. 1 SGleiG)	1042
3. Rechtsstellung bei übertragenen Aufgaben durch die militärische Gleichstellungsbeauftragte (§ 64 SGleiG)	1042
V. Kurzzusammenfassung	1043
C. Gleichbehandlung in den Streitkräften: Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz minus X plus Y	1043
I. SoldGG und AGG: Warum benötigen wir beides?	1043
II. Wesentliche Unterschiede zwischen dem AGG und dem SoldGG	1043
1. Reichweite des Schutzes vor Belästigung (§§ 1, 3 Abs. 1 SoldGG) .	1043
2. Soldatische Dienstpflicht neben dem Soldatengesetz (§ 7 Abs. 2 SoldGG)	1044
3. Gleichstellungsrelevante Gleichbehandlung (§ 3 Abs. 4 SoldGG in der Rechtsprechung des BVerwG)	1044
4. Kein Leistungsverweigerungsrecht für Soldatinnen und Soldaten ..	1045
5. AGG versus SoldGG bei statusübergreifenden Belästigungen/ Diskriminierungen	1045
III. Zusammenfassung	1046
D. Ausblick Gleichbehandlung und Gleichstellung in den Streitkräften	1046
Sachverzeichnis	1047